

"Salzburger Nachrichten" Nr. 22 vom 27.01.2012 Seite: 2 Ressort: Innenpolitik Österreich

Länder sollen eigene Steuerzuschläge einheben

Schuldenbremse: Experten raten zu rationalerem Föderalismus – Weniger Finanzströme, klarere Zuständigkeiten

Wien (SN-pur). Mehr Steuerautonomie für die Bundesländer verlangt eine Expertengruppe rund um die Wifo-Budgetexpertin Margit Schratzenstaller und den Föderalismusforscher Peter Bußjäger. Sie schlagen im Zuge der Schuldenbremse-Debatte vor, dass die Länder eigene Steuern oder zumindest Zuschläge auf Steuern einheben sollen.

Dies hätte nach Ansicht der Experten zwei große Vorteile. Zum einen würde dadurch ein gewisser Wettbewerb zwischen den Bundesländern entstehen: Die einen Länder würden auf „mehr Staat“ mit besseren staatlichen Leistungen setzen, und dafür höhere Steuern einheben. Die anderen Länder würden „weniger Staat“ anbieten und dafür mit niedrigeren Steuern auskommen. „Wettbewerb ist immer anspornend“, argumentieren die Experten.

Der zweite Vorteil von eigenen Länder-Steuern: Die Aufgaben- und Ausgaben-Verantwortung würde in eine Hand gelegt. Derzeit ist es ja so, dass die Länder Geld ausgeben, das sie nicht selbst einnehmen. Die Bundesländer finanzieren sich zu weniger als drei Prozent aus eigenen Einnahmen. Fast ihr ganzes Geld bekommen sie über den Weg des Finanzausgleichs vom Bund. Selbst Steuern einzuhoben und sich dadurch bei den Bürgern unbeliebt zu machen, vermeiden sie. Föderalismusforscher Bußjäger: „Ich weiß nicht, warum jene Landeshauptleute, die nach einer Umwidmungsabgabe rufen, sie in ihren Ländern nicht längst eingeführt haben.“ Laut geltender Verfassung hätte zum Beispiel Salzburg die Umwidmungsabgabe einfach per Landesgesetz einführen können.

Aber für die Länder ist es natürlich bequemer, sich das Geld bei den Finanzausgleichsverhandlungen vom Bund zu holen. Wie Bußjäger betont, haben selbst im zentralistischen Schweden die Gemeinden mehr Finanzautonomie als bei uns die Bundesländer.

Für Wifo-Expertin Schratzenstaller sind die Finanzströme im Bundesstaat Österreich einigermaßen absurd. Vom Bund fließen Milliarden an die Länder, von den Ländern fließen Milliarden an die Gemeinden, davon fließen aber auch wieder Milliarden von den Gemeinden zurück an die Länder. Und am Ende sollen die Gemeinden Überschüsse erzielen, damit das enorme Defizit des Bundes in der gesamtstaatlichen Rechnung nicht so sehr ins Gewicht fällt.

Durch mehr Steuerautonomie der Länder könnten diese Finanzströme reduziert werden.

Schratzenstaller plädiert zudem für einen rationaleren Föderalismus. Die laufende Zentralismus-Debatte hält sie für eine Themenverfehlung: „Die Frage ist nicht, ob es zwei, drei, vier oder fünf Verwaltungsebenen gibt“, sagt sie. „Das Hauptproblem ist, dass alle diese Ebenen gemeinsam für alles zuständig sind.“ Wesentlich sinnvoller wäre es, die Aufgaben im Staate Österreich so zu verteilen, dass jede Aufgabe ohne Kompetenz-Überschneidungen von jeweils einer Ebene eigenverantwortlich erfüllt wird.

Als Beispiele, wo die Kompetenzen am dringendsten entflochten werden müssen, nennt Schratzenstaller das Bildungs-, das Gesundheits- und das Förderwesen.

"Wiener Zeitung" Nr. 018 vom 27.01.2012 Seite: 10 Ressort: Österreich Wiener Zeitung

Faymann lehnt „Liste der Schande“ für Steuersünder ab.

Experten fordern Föderalismusreform

Wien. Finanzexperten erhoffen sich aus der Diskussion um das Sparpaket eine Föderalismusreform. Nötig wäre dabei eine bessere Koordinierung zwischen den Gebietskörperschaften. Damit verbunden wären klarere Zuständigkeiten. Länder und Gemeinden könnten dabei auch bis zu einem gewissen Grad eine Abgaben-Autonomie erhalten.

Dass die Länder die „großen“ Steuern wie die Einkommensteuer oder Körperschaftssteuer frei festlegen sollten, ist damit freilich nicht gemeint. Wifo-Budgetexpertin Margit Schratzenstaller kann sich aber vorstellen, dass der Bund bei manchen Abgaben nur gewisse Bandbreiten festlegt und die anderen Gebietskörperschaften den präzisen Wert selbst bestimmen. Selbst in zentralistischen Staaten wie Schweden gebe es nämlich mehr Steuerautonomie als in Österreich, argumentierte Peter Bußjäger, Direktor des Instituts für Föderalismus.

Freilich könnten die Länder schon unter den gegenwärtigen gesetzlichen Voraussetzungen initiativ werden und nicht nur auf die Steuern des Bunds warten. Bußjäger verwies darauf, dass etwa verfassungsrechtlich nichts dagegen gesprochen hätte, die Umwidmungsabgabe bereits vor Jahren zu etablieren.

Das jetzige System des Finanzausgleichs stellt für die Experten jedenfalls nicht die Ideallösung dar. Schratzenstallers Zusammenfassung: Der Bund zahle Steuergelder an Länder und Gemeinden, damit die jene Zuschüsse erreichten, die im Rahmen des Stabilitätspakts verlangt würden, um das Defizit des Bunds wieder wettzumachen. Was es jedenfalls aus Expertensicht bräuchte, wäre ein „rationalerer Föderalismus“, wie es Schratzenstaller formulierte. Wichtig wären möglichst wenige gemischte Zuständigkeiten sondern klare Zuordnungen.

Die entbrannte Debatte vor allem in der SPÖ um eine Veröffentlichung einer „Liste der Schande“, für Steuerhinterziehung scheint beendet. Für Bundeskanzler Werner Faymann hat diese nämlich „keine Priorität“. „Wir setzen auf die Betrugsbekämpfung und auf die Kontrollen.“